

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Schul-, Sport- und Kulturausschusses Nr. 5/09
am Donnerstag, 27.08.2009, ab 17.00 Uhr
in der Aula des Geschwister-Scholl-Gymnasiums,
Hoffmann-von-Fallersleben-Str. 28, 58300 Wetter (Ruhr)

Anwesend sind

- | | |
|----------------------------|---|
| a) als Vorsitzender | Herr Fiolka |
| b) die Ausschussmitglieder | Frau Stich
Herr Pilz
Herr Merkel
Frau Wolf-Laberenz
Frau Heise, stellv. AM
Herr Beckmann, stellv. AM
Frau Müller
Frau Gerlach
Herr Pierskalla, bis 17.41 Uhr, TOP 2
Herr Arnold, stellv. AM
Herr Strümper, stellv. AM
Frau Klöwer, stellv. AM, ab 17.41 Uhr, TOP 2
Frau Holland
Frau Struck
Frau Haltaufderheide
Herr Uebelgünn, stellv. AM
Frau Steinhauer, stellv. AM |
| mit beratender Stimme | Herr Michaelis
Frau Akbulut
Frau Danz |
| c) als Schriftführerin | Frau Sabel, FD 2/1 |
| d) von der Verwaltung | Bürgermeister Herr Hasenberg
Herr Wagener, FBL 1
Herr Dr. Thier, FBL 2 |

Die Ausschussmitglieder Frau Bender, Herr Köster, Frau Wagner-Hellmich, Herr Lang, Herr Bolte, Herr Terenzio, Herr Pfarrer Mörchen, Herr Pastor ter Haseborg und Herr Dickmann nehmen an der Sitzung nicht teil.

...

Die Sitzung beginnt um 17.00 Uhr und endet um 19.15 Uhr.

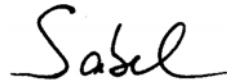
AV Herr Fiolka begrüßt die anwesenden Gäste und Ausschussmitglieder. Er stellt fest, dass zur Sitzung fristgerecht und ordnungsgemäß eingeladen wurde.

Vor Einstieg in die Tagesordnung wird Herr Gerhard Strümper als neues Ausschussmitglied verpflichtet.

Diese Niederschrift umfasst 15 Seiten und 7 Anlagen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Fiolka' with a stylized flourish at the end.

Fiolka
Ausschussvorsitzender

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Sabel' in a cursive style.

Sabel
Schriftführerin

Einwohnerfragen

Eine Einwohnerin stellt zum Schulgutachten die Frage, ob eine Kooperation der Hauptschule Wetter mit der Hauptschule in Herdecke in Betracht gezogen wurde.

FBL 2 Herr Dr. Thier erklärt, dass mit der Schulaufsicht Kontakt aufgenommen wurde. Eine Kooperationsbereitschaft der Stadt Herdecke wurde nicht signalisiert.

Ein Einwohner fragt an, welcher Zeitrahmen der Realschule zur Verfügung steht, sich nun mit dem neuen Konzept der Übermittagbetreuung zu profilieren.

FBL 2 Herr Dr. Thier antwortet, dass dies von der politischen Meinungsbildung abhängt. Er verweist auf den nachfolgenden Tagesordnungspunkt.

Zu der neuen Befragung der Eltern fragt ein Einwohner, ob der Fragebogen alle Schulformen und Betreuungsangebote differenzierter darstellt.

FBL 2 Herr Dr. Thier verdeutlicht, dass dies Fragen sind, die durch das Verfahren bestimmt werden. Hier sollte man der politischen Diskussion nicht vorgreifen. Er stellt richtig, dass in der Realschule eine Übermittagbetreuung angeboten wird, es sei aber keine Ganztagschule geplant.

Auf die Nachfrage, ob auch Eltern befragt werden, deren Kinder bereits jetzt die weiterführenden Schulen besuchen, erklärt FBL 2 Dr. Thier, dass die Befragung der Jahrgangsstufen 3 und 4 vorgesehen ist.

AM Herr Fiolka stellt klar, dass jedes Kind, das jetzt die Realschule besucht, die Schullaufbahn dort auch beendet und kein Wechsel in eine andere Schule/Schulform erfolgt. Dies ergänzt FBL 2 Dr. Thier mit dem Hinweis, dass die Schule nicht verändert wird.

Zu der durchgeführten Befragung zum Schulgutachten möchte ein Einwohner wissen, warum nicht die Eltern befragt wurden, deren Kinder jetzt gerade die Schule gewechselt haben. Es sei festzustellen, dass in diesem Jahr die Eingangsklassen der Realschule voll seien.

FBL 2 Herr Dr. Thier verweist auf die demografischen Einflüsse. Wichtig sei, wie sich die Stadt Wetter (Ruhr) in Zukunft aufstellt.

Darstellung der von den Gutachtern aus der Analyse der Befragungsergebnisse gezogenen Schlussfolgerungen und Empfehlungen zu Schulwahlmotiven, Schulwahlverhalten und Ganztagschulnachfrage der Vorschulkinder- und Grundschülereltern der Stadt Wetter (Ruhr) hinsichtlich ihrer kurzfristigen Realisierbarkeit in Wetter (Ruhr), bewertet mit Vor- und Nachteilen.

FBL 2 Herr Dr. Thier erläutert die Strukturen der in der Vorlage dargestellten Möglichkeiten.

AM Frau Gerlach hinterfragt die Zusammensetzung der Konzeptgruppe. Auch im Hinblick darauf, dass in ein paar Tagen die Kommunalwahlen stattfinden. Sie fragt, wie die Auswahl der Grundschulvertreter erfolgen soll. Die Einteilung der Konzeptgruppe sei nicht akzeptabel.

Hierzu stellt FBL 2 Herr Dr. Thier richtig, dass diese Konzeptgruppe keine Entscheidung trifft, sondern Beschlüsse vorbereitet für Ausschuss und Rat. Auch unter Beteiligung der Grundschulen, die in die weiterführenden Schulen die Schülerinnen und Schüler abgeben. Wesentlich ist der Konsens, die Herbeiführung einer breiten Zustimmung.

In der Konzeptgruppe fehlen nach Aussage von stellv. AM Frau Steinhauer die Elternvertretung, Schulpflegschaftsvertreter und Schülervertretungen der weiterführenden Schulen. Deren Beteiligung sei notwendig.

AM Frau Stich weist darauf hin, dass aufgrund der Verwaltungsvorlage die Grundsatzentscheidung getroffen würde, dass diese Konzeptgruppe tätig werden soll. Eine Schülervertretung der weiterführenden Schulen gehöre nicht in die Gruppe, da die zukünftigen Grundschüler die weiterführenden Schulen besuchen. Es sollte fachlich und sachlich diskutiert werden, um für die zukünftigen Schülerinnen und Schüler eine gute Entscheidung finden.

Stellv. AM Herr Uebelgünn schlägt vor, heute keine Entscheidung zu treffen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen überreicht eine Protokollerklärung, die dieser Niederschrift als Anlage 1 beigefügt wird.

In der Darstellung der Verwaltungsvorlage vermisst AM Frau Müller die Möglichkeit eines Zweckverbandes der Hauptschule.

FBL 2 Herr Dr. Thier teilt mit, dass dies nicht der von der Verwaltung auszuführende Auftrag gewesen sei.

AM Frau Müller wird der Verwaltung hinsichtlich des Zweckverbandes Informationen zukommen lassen. Da die Realschule derzeit nicht betroffen sei, stellt sie die Frage, warum kein Zweckverband oder eine Verbundschule als Vorschlag unterbreitet wurde. Sie erwartet breitgefächerte Vorschläge und dies nicht nur in Richtung Gesamtschule.

AV Herr Fiolka fasst die Diskussionspunkte dahingehend zusammen, dass weitere Möglichkeiten in die Beratungen einbezogen werden sollen. Und das Elternvertretungen beteiligt sein sollen, aber nur aus den Grundschulen.

Stellv. AM Frau Steinschauer schlägt den anwesenden Eltern vor, eine Stadtelternpflegschaft zu gründen.

Bei einer zu großen Zusammensetzung der Konzeptgruppe vermutet AM Frau Lippert, dass die Gruppe nicht mehr arbeitsfähig sei. Wichtig seien die zukünftigen Elternentscheidungen, also die der derzeitigen Grundschülereltern. Die Eltern der Schüler in den weiterführenden Schulen haben sich ja bereits entschieden. Die Elternwünsche und der Elternwillen der zukünftigen Schüler seien zu berücksichtigen.

Bürgermeister Herr Hasenberg stellt klar, dass die Verwaltung den erteilten Auftrag erfüllt hat. Die Vorschläge der Fraktionen sollten in die Konzeptgruppe einfließen. Eventuell auch in

Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden, die bereits Erfahrungen mit der Thematik gesammelt haben.

AM Frau Müller berichtet, dass in einer Besprechung in der Grundschule Esborn die Aussage gemacht wurde, dass das Gutachten auf eine Gesamtschule hinweist. Eine Übermittagsbetreuung und ein Ganztagsbetrieb sei aber bei einer integrierten Gesamtschule nicht möglich. Hier müsste eine differenzierte Elternbefragung erfolgen.

Bürgermeister Herr Hasenberg erklärt, dass die Elternbefragung aufgrund der gesetzlichen Vorschriften dezidiert durchzuführen sei, denn Elternwille hat Vorrang. Auch die Ergebnisse müssen detailliert dargestellt und die Eltern dazu befragt werden. Die Konzeptgruppe müsse am Ende eine neue Form der Schulen in Wetter finden.

AM Frau Steinhauer teilt mit, dass beide Möglichkeiten nach § 83 SchulG durch die Konzeptgruppe zu erarbeiten seien. Und die Beteiligung der Schulkonferenzen sei notwendig.

Dass die Fragebögen für das Gutachten nicht wie abgesprochen vor Versand an den Ausschuss zur Kenntnis gegeben wurden bemängelt AM Frau Gerlach. Im Fragebogen war nicht enthalten, dass die Realschule ein Betreuungsangebot vorhält. Außerdem könnten Eltern der Vorschulkinder zu diesem Zeitpunkt nicht entscheiden, welche weiterführende Schule später besucht werden soll.

AM Frau Gerlach überreicht für die CDU-Fraktion eine Erklärung zur Niederschrift, siehe Anlage 2.

Zum Zweckverband der Hauptschulen ergänzt AM Frau Müller, dass ein solcher Verband in Straelen-Wachtendonk vorhanden sei. Mit Übermittagsbetreuung und Ganztagsbetrieb.

AM Frau Stich vertritt die Meinung, dass die Konzeptgruppe zu bestimmten Themen auch jeweils Elternvertreter weiterführender Schulen einbezieht, diese aber nicht Bestandteil der Konzeptgruppe sein sollten.

AM Herr Fiolka ergänzt, dass auch Schülervertretungen so beteiligt werden könnten.

Der Vorschlag wird von AM Herr Michaelis begrüßt. Jedoch sollten auch Arbeitgebervertreter dazugenommen werden.

AV Herr Fiolka lässt über den **Vorschlag** abstimmen, dass die Eltern kontinuierlich als Teil der Konzeptgruppe vertreten sein sollen.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen

Der Vorschlag ist somit abgelehnt.

Die CDU-Fraktion schlägt vor, dass von allen Parteien ein Vertreter in der Konzeptgruppe vertreten sein sollte und auch der Fachbereichsleiter.

Bürgermeister Herr Hasenberg erinnert daran, dass zunächst einmal darüber beraten werden muss, ob der Weg überhaupt beschritten werden soll.

AM Frau Haltaufderheide stellt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den **Antrag**, dass folgender Beschluss gefasst wird:

Für die nächste Schul-, Sport- und Kulturausschuss-Sitzung wird eine Vorlage erarbeitet, ob es eine Konzeptgruppe gibt oder nicht, dass ein Vorschlag für die Konzeptgruppe vorgelegt wird und die Vorschläge der heutigen Diskussion berücksichtigt werden.

AV Herr Fiolka lässt hinsichtlich des Antrages über folgenden **Beschlussvorschlag** abstimmen:

Die Einrichtung einer Konzeptgruppe zur Bewertung verschiedener Verfahren soll in der nächsten Schul-, Sport- und Kulturausschuss-Sitzung beschlossen werden. Gleichzeitig soll ein Arbeitsauftrag für die Konzeptgruppe erstellt werden und ebenso die Zusammensetzung der Konzeptgruppe.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Protokollerklärung von Frau Haltaufderheide für die Grünen zum Tagesordnungspunkt 2 „kurzfristige Realisierbarkeit der Empfehlungen der Gutachter zur Ganztags schulnachfrage“ (verkürzt) in der Sitzung des Schul-, Sport- und Kulturausschusses vom 27.8.2009

Die Grünen begrüßen die Verwaltungsvorlage und machen folgende Anmerkungen:

1. Keine Entscheidung in dieser Sitzung

Die Grünen regen an, in der Sitzung keinerlei Entscheidungen zu treffen, sondern lediglich Möglichkeiten zu erörtern.

2. Konzeptgruppe

Die Grünen unterstützen den Vorschlag, eine Konzeptgruppe zur Vorbereitung der Entscheidungen zu bilden. Hinsichtlich der Zusammensetzung regen die Grünen an:

2.1 Alle Fraktionen des neu gewählten Rates zu beteiligen,

2.2 An Stelle des Bürgermeisters den zuständigen Fachbereichsleiter teilnehmen zu lassen, weil in einer derartigen Gruppe nicht die oberste Verwaltungsspitze, sondern die oberste Fachebene vertreten sein soll. Außerdem ist es für das Arbeitsklima in einer derartigen Gruppe nicht förderlich, wenn einige Teilnehmer in einem Über-/Unterordnungsverhältnis stehen.

2.3 Es sollte unbedingt ein wissenschaftlicher Begleiter Mitglied der Gruppe werden, um den wissenschaftlichen Sachverstand und die Erfahrungen aus ähnlichen Vorhaben im Lande einzubringen. Der wissenschaftliche Begleiter muss nicht bei jeder Sitzung anwesend sein, er muss die Gruppe nur „begleiten“,

2.4 Zur besseren Entscheidungsfindung sollte die Gruppe eine ungerade Anzahl Stimmen haben (ungerade Anzahl Personen oder eine Person mit Doppelstimmrecht).

3. Arbeitsauftrag

Der Arbeitsauftrag für die Gruppe sollte möglichst detailliert festgelegt werden. Dabei sollte die Machbarkeit der verschiedenen Alternativen unter den Gesichtspunkten

- Elternwille,
- Demographische Entwicklung,
- Rechtliche Rahmenbedingungen,
- Qualitätsaspekte,
- Gestaltung der Übergangszeit (Haupt- und Realschule laufen aus, gleichzeitig baut sich die neue Schulform auf; für einen bestimmten Zeitraum existieren also neben dem Gymnasium drei weitere Schulen),
- Wirtschaftliche Aspekte (Gebäude und städt. Personal)

beschrieben und bewertet werden.





im Rat der Stadt Wetter (Ruhr)

Elisabeth Gerlach
Am Leiloh 6
58300 Wetter

Wetter (Ruhr), 26.08.2009

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir bitten die Verwaltung, zur nächsten Schulausschusssitzung weitere Möglichkeiten zum Schulwahlverfahren, in Vor und Nachteile gegliedert, dem Ausschuss vorzulegen.

- Zweckverband Hauptschule
- Zusammenlegung zweier Hauptschulen (Herdecke oder Witten)
- Verbundschule
- Zusammenlegung Hauptschule und Realschule
- Förderklasse Realschule

Begründung

In dem Schulgutachten und in der jetzigen Vorlage ist eine sehr einseitige Tendenz zur Gesamtschule erkennbar. Wir möchten, dass auch andere Möglichkeiten objektiv auf Ihre Durchführbarkeit betrachtet werden.

Mit freundlichem Gruß

Elisabeth Gerlach

SSKA 5/09 - 3 - 27.08.2009

**Übersicht über Fördermittel im Schulbereich
Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 02.07.2009**

Die Begründung für den Antrag liegt schriftlich vor. AM Frau Haltaufderheide stellt fest, dass die Verfahren zu den IZBB-Mitteln in der Verwaltungsvorlage erläutert wurden. Es wurden Anträge für die Realschule und das Gymnasium am 26.06.2009 gestellt. Für die Grundschule Esborn aber erst am 22.07.2009. Sie fragt, warum für die Grundschule Esborn erst so spät der Antrag eingereicht wurde, obwohl die Grundschule Esborn frühzeitig im Juni 2009 Vorschläge unterbreitet hatte.

FBL 2 Herr Dr. Thier erläutert, dass mit der Schule erst in den Ferien ein Termin für eine Ortsbesichtigung gefunden werden konnte. Da beim Ortstermin keine Planungen vorlagen, mussten erst alle hinreichenden Fakten zusammengestellt werden.

Eine Chronologie zur Antragstellung ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Chronologie zur Beantragung der IZBB-Fördermittel für das Betreuungsangebot „Dreizehn plus“ an der städt. Gemeinschaftsgrundschule Esborn

Datum	Sachverhalt
05.06.2009	Eingang Erlass Förderung Restmittel 2009 per E-Mail
18.06.2009	Bestätigung vom Ministerium, dass eine Förderung für das Programm „Dreizehn plus“ möglich ist
18.06.2009	Mitteilung an GS Esborn, Planungen mitzuteilen
25.06.2009	Rückmeldung GS Esborn: Planung einer neuen Küchenzeile (Ersatzbeschaffung, da alte Küche nur eingeschränkt funktionstüchtig), Anschaffung und Aufstellung Aufbewahrungshaus u. a. für Aulamobiliar (Neuanschaffung), ohne detaillierte bauliche oder technische Angaben
29.06.2009	Rückmeldung vom FD 4/4 hinsichtlich der baulichen Umsetzung der schulischen Planungen: Aufbewahrungshaus als Möbellager problematisch, da dieses beheizt werden müsste. Hinsichtlich des Aufstellplatzes bestand Klärungsbedarf. Ebenso hinsichtlich der Erneuerung der Küchenzeile, für die evtl. neue technische Anschlüsse notwendig sein könnten. Ortstermin erforderlich.
30.06.2009	E-Mail an Grundschule Esborn mit der Bitte um Angabe von Ortsterminvorschlägen
30.06.2009	E-Mail von Grundschule Esborn mit Terminvorschlägen: 06., 08., 10. oder 13.07.2009
01.07.2009	E-Mail an FD 4/4 mit der Bitte um Terminbestätigung
02.07.2009	E-Mail von FD 4/4 mit Terminbestätigung für den 06.07.2009
02.07.2009	Bestätigung und Mitteilung an GS Esborn Termin 06.07.2009
06.07.2009	Ortstermin
08.07.2009	E-Mail von GS Esborn, Übermittlung der Materialienliste
22.07.2009	Antragstellung bei der Bezirksregierung Arnsberg auf Zuwendung der IZBB-Mittel

Erstellt: 01.09.2009

**Kosteneinsparungen im Primarbereich; Bericht des Kostenausschusses der GGS Esborn
- Drucksache-Nr. 42/09 -**

Stellv. AM Herr Uebelgünn merkt an, dass der Beschlussvorschlag nicht angemessen sei. Der Beschlussvorschlag soll erweitert werden: „Der Bericht der Kostengruppe und der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.“ Die Analyse des Kostenausschusses hätte erbracht, dass gewisse Dinge falsch verbucht wurden. Nun stellt sich die Frage, wie man damit formal umgeht. Es seien bestimmte Anträge zu stellen.

AV Herr Fiolka verdeutlicht, dass die Verwaltung in ihrer Stellungnahme alle Fakten beleuchtet hat und der Autor des Berichtes bei der Diskussion nicht zur Verfügung stand.

Dazu erklärt Frau Haltaufderheide, dass man wisse, warum der Autor nicht anwesend war. Die Verwaltung wollte, ohne auf die Vorschläge einzugehen, andere Einsparungsvorschläge durchsetzen, ohne Beteiligung der Schulkonferenz und unter Missachtung der Gruppe. Es steht in der Verwaltungsvorlage als Beschluss die Kenntnisnahme. Am Ende der Verwaltungsvorlage wird aber die zukünftige Verfahrensweise beschrieben. Der Beschlussvorschlag sei nicht eindeutig. Sie fragt, ob der Ausschuss mit dem Beschluss auch über das Verfahren beschließt und wer beteiligt sei.

Kämmerer Herr Wagener erklärt, dass die Verwaltung mit dem Kostenausschuss und dem bürgerschaftlichen Engagement einer Meinung sei. Die Verwaltung habe sich mit dem Bericht fachlich und sachlich auseinandergesetzt. Als positives Fazit kann die Kenntnisnahme im ersten Schritt festgestellt werden. Im zweiten Schritt würden Ziele und Kennzahlen im nächsten Hauptausschuss beschlossen.

AM Frau Müller bedankt sich beim Kostenausschuss.

Bürgermeister Herr Hasenberg schließt sich dem Dank an. Auf der sachlichen Ebene sei das Thema miteinander zu diskutieren. Der nächste TOP habe hiermit aber überhaupt nichts zu tun. Die Verquickung der beiden Themen sei nicht richtig. Der Bericht des Kostenausschusses wurde nicht dem nächsten TOP nicht zugrundegelegt.

AV Herr Fiolka lässt über den ergänzten **Beschlussvorschlag** abstimmen:

Der Bericht der Kostengruppe und die Mitteilungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**Schülerbeförderung zu den Grundschulen
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.07.2009**

Der Antrag wird von AM Frau Haltaufderheide erläutert sowie der Ablauf der Mitteilungen und Inhalte dargestellt. Das ganze Verfahren sei sehr ungünstig verlaufen. Die Schulkonferenz und der Schulausschuss sind nicht beteiligt worden. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen übergibt eine Protokollerklärung als Anlage zur Niederschrift.

FBL 2 Herr Dr. Thier antwortet, dass die Stadt Wetter (Ruhr) unter bestimmten Umständen zur Kostenerstattung verpflichtet sei, wenn die Berechtigung für die Schülerfahrkostenerstattung erfüllt sei. Keines der Kinder, die genannt wurden, seien anspruchsberechtigt zur Fahrkostenerstattung zur Grundschule nach Esborn. In den letzten eineinhalb Jahren wurden die Schulen und die Anspruchsberechtigungen überprüft, beginnend mit den Schokotickets für das Geschwister-Scholl-Gymnasium. Jeder, der anspruchsberechtigt sei, wird transportiert oder nutzt den Schülerspezialverkehr. Die Schüler auf der Liste, die den Schülerspezialverkehr zur Grundschule Esborn von Wengern aus nutzen, waren nicht anspruchsberechtigt. Die weitere Lösung seitens der Verwaltung sei ein freiwilliges Angebot. Es bestünde auch die Möglichkeit, den ÖPNV mit einem Schokoticket als Selbstzahler zu nutzen.

Die Berechnung der Verwaltung für die Nutzung des Schülerspezialverkehrs ist für AM Frau Haltaufderheide nicht nachvollziehbar, da zwei Drittel der Kosten auf die Eltern umgelegt würden.

Stellv. AM Herr Uebelgünn ergänzt, da die Schüler bisher mit dem Schulbus transportiert wurden, sei ein konkludenter Vertrag geschlossen worden. Es sei nicht Geschäft der laufenden Verwaltung, ein Geschäft abzuschließen. Die Kalkulation müsse frei von Willkür sein. Der Bescheid müsste, wenn er einer sei, aufgehoben werden.

Dazu fragt AM Frau Müller, ob nicht schon vorher Nichtberechtigte transportiert wurden.

Dies bejaht FBL 2 Herr Dr. Thier. Seit Änderung des Schulgesetzes wurden ca. 20 Nichtberechtigte transportiert.

Ergänzend fragt AM Frau Müller, ob die Verwaltung nach der Ermittlung wusste, wer es war. Dies bejaht FBL 2 Herr Dr. Thier.

AM Frau Müller erklärt, dass man den Betroffenen eine Vorabinformation hätte geben oder Gespräche führen müssen.

AM Frau Stich erklärt, dass sich der Schul-, Sport- und Kulturausschuss nicht mit dieser Thematik beschäftigen müsse. Der Ausschuss habe sich auch nicht darum gekümmert, ob eine Anspruchsberechtigung besteht. Sie stellt die Frage, warum diese Eltern mehr Rechte haben sollten, als jene anderer Schulen. Den Eltern und auch der Schule war wohl klar, dass ein Schülertransport von Wengern nach Esborn nicht rechtens war. Es hätte jedoch alles zeitnaher laufen können, nachdem die Liste im Januar 2009 vorlag.

AM Frau Haltaufderheide vertritt die Ansicht, dass der Schul-, Sport- und Kulturausschuss zuständig sei. Außerdem können die Eltern nicht für Zweidrittel der Kosten verantwortlich gemacht werden. Es könne auch nicht sein, dass Eltern für den Transport ihrer Kinder zahlen müssten.

FBL 2 Herr Dr. Thier stellt richtig, dass kein Bescheid ergangen sei, sondern ein Angebot.

Stellv. AM Frau Klöwer fragt nach, ob die Listen bisher von der Schulleitung weitergeleitet wurden und ob Schulleiter die Prüfung übernehmen müssten.

FBL 2 Herr Dr. Thier antwortet, dass dies entweder die Schulleitung übernimmt und die Liste weiterleitet, oder es wird durch die Schulverwaltung erledigt. Zusammen mit der Schulsekretärin wird die Liste aufgestellt und an das Busunternehmen weitergeleitet.

Auf Nachfrage von stellv. AM Frau Klöwer, warum nicht von vornherein das Angebot unterbreitet wurde, erklärt FBL 2 Herr Dr. Thier, dass zunächst die Schülerfahrkostenverordnung umgesetzt wurde und nicht der Servicegedanke im Vordergrund stand. Zudem wäre der Schul-, Sport- und Kulturausschuss zu beteiligen, wenn die Linie eingestellt würde. Aber im vorliegenden Sachverhalt ginge es um die Anspruchsberechtigung, die eine Schmälerung des Schülerspezialverkehrs beinhaltet und damit ein reines Verwaltungshandeln darstellt.

FBL 2 Herr Dr. Thier erklärt: Die Fahrkosten könnten reduziert werden, wenn je Schultag nur eine Hin- und eine Rückfahrt erfolgt.

AM Frau Wolf-Laberenz hinterfragt die Kosten pro Kind. FBL 2 Herr Dr. Thier erläutert die Berechnung.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragen, die an die Eltern gesandten Angebote zu ändern.

AM Frau Stich unterbreitet den Vorschlag, dass den Eltern als Beitrag für die Nutzung des Schülerspezialverkehrs ein Preis angeboten wird, der sich am Preis des Schokotickets für Selbstzahler orientiert.

AM Frau Haltaufderheide stimmt diesem Vorschlag nicht zu, es müsse eine genaue Berechnung zugrundegelegt werden.

Bürgermeister Herr Hasenberg erklärt, dass den betroffenen Eltern umgehend ein neues Angebot unterbreitet wird.

AV Herr Fiolka lässt über folgenden **Beschlussvorschlag** abstimmen:

Der Schul-, Sport- und Kulturausschuss beschließt, die Schülerbeförderung für nicht anspruchsberechtigte Kinder der Grundschule Esborn angelehnt an den Preis des Schokotickets anzubieten.

Abstimmungsergebnis:

16 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Die Verwaltung wird für den nächsten Hauptausschuss eine entsprechende Beschlussvorlage fertigen.

Protokollerklärung von Frau Haltaufderheide für die Grünen zum Tagesordnungspunkt 5 „Schülerbeförderung zu den Grundschulen“ in der Sitzung des Schul-, Sport- und Kulturausschusses vom 27.8.2009.

1. Mit Datum 23.6.2009 wurde etliche Eltern, die in Wengern wohnen und deren Kinder die GGS Esborn besuchen, in einem Bescheid des Bürgermeisters mitgeteilt: "... aus den v.g. gründen ist die Stadt Wetter (Ruhr) als Schulträger nicht verpflichtet, Schülerfahrkosten für Ihr Kind zu erstatten. Damit entfällt die Anspruchsberechtigung, den im Grundschulbereich eingesetzten Schülerspezialverkehr der Stadt Wetter (Ruhr) in Anspruch zu nehmen. Sie haben jedoch die Möglichkeit, sich mit dem Busunternehmen Hoffmann-Reisen ... in Verbindung zu setzen, um die Beförderung Ihres Kindes gegen ein entsprechendes Entgelt zu vereinbaren. Die Busfahrer sind angewiesen worden, ab dem 17.8.2009 nur Kinder zu transportieren, die anspruchsberechtigt sind. Diese Anspruchsberechtigung wird durch Vorlage eines Schülerfahrausweises, ausgestellt von der Stadt Wetter (Ruhr), nachgewiesen.“ Für Irritation sorgte, dass auch solche Familien angeschrieben wurden, deren Kinder auch zur Schule in Wengern mehr als 2 km Schulweg haben. Eltern, die sich, wie in dem Bescheid empfohlen, an das Busunternehmen Hoffman wandten, erhielten die dort Auskunft, man wisse nichts von der Situation und von der Aufforderung zur privaten Regelung.
2. Mit Datum vom 2.7.2009 hat die Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen die Aufnahme des Themas „Schülerbeförderung zu den Grundschulen“ in die Tagesordnung des Schul-, Sport- und Kulturausschusses der Sitzung vom 27.8.09 beantragt. Begründet war der Antrag u.a. mit der Zuständigkeit der Schulkonferenz der GGS Esborn und der Zuständigkeit des Schulausschusses, die aber beide nicht beteiligt worden sind. Dies ergibt sich daraus, dass es nicht allein um die Kostenübernahme ging, sondern dass den Familien mitgeteilt worden war, ihre Kinder seien grundsätzlich nicht mehr fahrtberechtigt.
3. Nach einer Pressemitteilung der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN zum Thema hat der Bürgermeister mit einem offenen Brief an Frau Haltaufderheide in der Lokalpresse reagiert. Nach seiner Ansicht sei die neue Regelung der Schülerbeförderung ein Geschäft der laufenden Verwaltung: die Schulkonferenz der GGS Esborn und der Schulausschuss seien daher nicht zu beteiligen. Diese Auffassung steht in Widerspruch zur Geschäftsordnung des Rates und seiner Ausschüsse sowie zum Schulgesetz NRW und der Schülerfahrkostenverordnung NRW. Ferner erklärte der Bürgermeister, die betroffenen Kinder sollten weiter befördert werden, allerdings gegen Kostenbeteiligung. Der Schulpflegschaftsvorsitzende berichtete aus einem zeitgleich stattfindenden Gespräch als Aussage des Bürgermeisters, in den ersten Wochen nach den Ferien solle die bisherige Regelung beibehalten und erst später eine Kostenerstattung verlangt werden.
4. Mit Datum vom 21.7 und 29.7. wurden zwei weitere Bescheide an die Eltern erstellt. In dem Ersten hieß es, die Eltern müssten bis zum 5. August für die Beförderung ihrer Kinder ab Schuljahresbeginn Fahrkarten gegen Kostenerstattung von 50,40 € monatlich bestellen. Im zweiten Bescheid wurde zunächst eine kostenfreie Beförderung in Aussicht gestellt. Die Kostenerstattung sollte demnach mit dem 1.10 beginnen. Die Grünen rügen die Vorgehensweise der Verwaltung zunächst formal: die Verwaltung kann nicht irgendwelche Entgelte für bestimmte Personen festsetzen und das ganze als Geschäft der laufenden Verwaltung deklarieren. Zuständig sind der Rat und seine Ausschüsse, denn eines der wichtigsten Rechte des Rates ist das Etatrecht, das hier von der Verwaltung unterlaufen wird. Materiell rügen die Grünen die Ermittlung und die Höhe des genannten Entgeltes: Die Eltern dürfen nur mit **den**

Kosten belastet werden, die durch das zusätzliche Beförderungsangebot zusätzlich entstehen, also beispielsweise die Mehrkosten (ohne Personalkosten) für einen größeren Bus, wenn dieser wegen der Zusatzbeförderung eingesetzt werden muss. In jedem Fall steht es dem Rat und seinen Ausschüssen frei, eine kostenlose Beförderung der in Frage stehenden Kinder zu beschließen. Das wäre vor allem für die Kinder angemessen, die in den vergangenen Jahren für sie kostenlos zur GGS Esborn transportiert worden sind. Das von der Verwaltung willkürlich festgesetzte Entgelt von mehr als 600 €/Jahr würde zu einem erheblichen Teil den von der Stadt zu tragenden Teil der Beförderungskosten mitfinanzieren. Im Vergleich mit den Kosten eines Schokotickets (27,65 €/Monat) und der um ein Vielfaches höheren Beförderungsleistung dafür erscheinen die von der Stadt geforderten 50,40 €/Monat völlig unangemessen.

5. Mit Schreiben vom 21.7. 2009 wies der Bürgermeister die Zuständigkeit von Schulkonferenz und Schulausschuss zurück und ließ den Antrag nicht zu mit den Worten: „Damit ist Ihr Antrag auf Aufnahme des Themas „Schülerbeförderung zu den Grundschulen“ auf die Tagesordnung des Schul-, Sport- und Kulturausschusses am 27. August 2009 als unzutreffend und unbegründet abzulehnen. Auch in einem von unserer Fraktion gesuchten klärenden Gespräch blieb der Bürgermeister bei der Ablehnung des Antrages. Die Grünen rügen ausdrücklich das anmaßende und rechtswidrige Vorgehen des Bürgermeisters in dieser Sache..
6. Mit Datum 12.8.09 wurde die Einladung zum Schul-, Sport- und Kulturausschuss versendet; der von den Grünen beantragte Punkt „Schülerbeförderung zu den Grundschulen“ war auf der Tagesordnung, mit einer Verwaltungsvorlage, aber ohne das Antragsschreiben der Grünen.
7. Die Grünen beantragen daher, ~~die an die Eltern der betroffenen Kinder versendeten Bescheide aufzuheben und den neu zu wählenden Rat und seine Ausschüsse in einem geordneten Verfahren die Schülerbeförderung neu zu konzipieren, erörtern und entscheiden zu lassen.~~

Halt Bescheide

SSKA 5/09 - 6 - 27.08.2009

**Änderung der Entgeltordnung für die Benutzung des Sport- und Freizeitbades
Oberwengern
- Drucksache-Nr. 37/09 -**

AM Frau Haltaufderheide bittet um eine geschlechterneutrale Formulierung der Entgeltordnung.

Die Verwaltung sagt zu, bis zur Hauptausschuss-Sitzung die erforderlichen Änderungen vorzunehmen.

Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen, der als Anlage beigefügten Änderung der Entgeltordnung für die Benutzung des Sport- und Freizeitbades Oberwengern zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

SSKA 5/09 - 7 - 27.08.2009

**Änderung der „Benutzungsordnung für die Stadtbücherei Wetter (Ruhr)“ vom 28.05.1999
- Drucksache-Nr. 39/09 -**

Beschlussvorschlag:

Die als Anlage beigefügte Satzung über die 5. Änderung der „Benutzungsordnung für die Stadtbücherei Wetter (Ruhr)“ vom 28.05.1999 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

SSKA 5/09 - 8 - 27.08.2009

Ruhr.2010

AM Herrn Uebelgünn fragt an, ob schon Bericht des Termins am 24.08.2009 vorläge.

Dieses verneint FBL 2 Herr Dr. Thier.

Mitteilungen

Seitens der Verwaltung wird folgendes mitgeteilt:

Die Zuständigkeit für den Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ hat zum 01.01.2009 zum Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales gewechselt. Der Landesfonds wurde zunächst für die Schuljahre 2007/08 und 2008/09 eingerichtet und nun verlängert bis zum Schuljahr 2010/11. Der Rat hat in seiner Sitzung am 13.12.2007 die Teilnahme am Landesfonds beschlossen. Es haben bereits mehrere Institutionen ihre Spendenbereitschaft signalisiert, so dass davon ausgegangen werden könne, dass der städt. Eigenanteil durch Spendengelder finanziert würde.

Nach Auskunft des Ministeriums sei eine Bezuschussung der Mittagessen in der Übermittagbetreuung leider nicht möglich.

Die Mensa in der Realschule ist eingerichtet und wurde in Betrieb genommen. Der Maßnahmenträger hat die zügige Umsetzung des Ausbaus der Räumlichkeiten für die Mensa und die Betreuungsräume in seiner Pressemitteilung hervorgehoben, siehe Anlage.

Die Planungen für die Einrichtung der Mensa im Geschwister-Scholl-Gymnasium werden derzeit abgestimmt.

Zum Prüfauftrag der CDU-Fraktion zur Unterbringung der Musikschule in andere städt. Gebäude finden in der nächsten Woche Gespräche statt.

Die Entwicklung der Schülerzahlen zum Beginn des Schuljahres 2009/10 werden der Niederschrift als Anlagen beigefügt.



Ev. Jugend im Kirchenkreis Hagen | Dödterstr. 10 | 58095 Hagen

**Leiter der Ev. Jugend
im Kirchenkreis Hagen**

Diakon Frank Fischer

Telefon: 02331-349 20-21
Zentrale: 02331-349 20-0
Fax: 02331-349 20-20
frank-fischer@ev-jugend-hagen.de

Hagen, 20.08.2009

Presseinfo zum Start der Ganztagsoffensive des Landes Nordrhein-Westfalen in Kooperation mit der Ev. Jugend im Kirchenkreis Hagen (das sind die Städte Breckerfeld, Herdecke, Hagen und Wetter)

Sie finden uns in
Himmel@Erde
Dödterstr. 10
58095 Hagen

Unser Büro ist am besten erreichbar:
Mo - Do: 09.00 – 16.00 Uhr
Freitags: 09.00 – 14.00 Uhr

Unsere Homepage:
www.ev-jugend-hagen.de

Bankverbindung:
Ev. Jugend Im Kirchenkreis Hagen
Sparkasse Hagen
Konto-Nr.: 100019218
BLZ: 450 500 01

In der Realschule in Wetter startet in der kommenden Woche der Ganztag für Schülerinnen und Schüler, die sich dazu angemeldet haben. Derzeit sind 19 Kinder hierzu angemeldet – die Zahl wird aber vermutlich schon in den nächsten Wochen deutlich steigen. Als Kooperationspartner der Stadt Wetter freuen wir uns über die zügige Umsetzung des Ausbaus der Räumlichkeiten für die Mensa und die Betreuungsräume. Keine andere Kommune im Kirchenkreis hat im Blick auf die weiterführenden Schulen die Bedingungen zum Ganztagsstart so kompetent umgesetzt. Hier sind sowohl Bürgermeister Hasenberg, der sich persönlich für den Ausbau eingesetzt hat, als auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung, die Schulleitung und Hausmeister lobend zu nennen. Das Angebot der Ev. Jugend für die Realschule Wetter sieht wie folgt aus:

1. Schülerclub

Der Schülerclub bietet eine Betreuung ähnlich wie im Offenen Ganztag der Grundschulen. Konkret heißt dies: Betreuung an vier Wochentagen (von montags bis donnerstags) nach der 6. Schulstunde bis 15.45 Uhr. Zur Betreuung gehören ein warmes Mittagessen, Hausaufgabenbetreuung und freizeitpädagogische Angebote.

2. Pädagogische Mittagspause

Hier können alle Schülerinnen und Schüler mit Nachmittagsunterricht in der Mittagspause ein warmes Mittagessen in der Mensa einnehmen und die pädagogischen Angebote in der Mittagspause nutzen.

www.ev-jugend-hagen.de

Mit dem Start des Ganztagsbetriebs nimmt auch die Kindertafel der Ev. Jugend ihre Arbeit in Wetter auf, d. h. Kinder, die sich das Betreuungsangebot oder das Mittagessen finanziell nicht leisten können, werden durch die Kindertafel unterstützt. Die Kinder untereinander erfahren nicht, wer durch die Kindertafel unterstützt wird. Auf diese Weise vermeiden wir soziale Ausgrenzung. Somit erreichen wir pädagogische Ziele im Rahmen unserer Kinder- und Jugendarbeit, auch in Kooperation mit Schule. Ein wesentliches Ziel der Ev. Jugend ist: gerechte Teilhabe an Kinder- und Jugendangeboten zur Förderung der sozialen, kreativen, musischen, motorischen und kognitiven Fähigkeiten der Kinder und Jugendlichen.

Wir freuen uns auf die Umsetzung und den Aufbau des Angebotes in der Realschule und ebenso wie auf den Start im Geschwister-Scholl-Gymnasium Wetter ab September 2009.

Im Gymnasium starten wir zweischrittig: im September nimmt der Schülerclub seine Arbeit auf und mit Fertigstellung der Mensa, deren Einrichtung etwas aufwändiger gestaltet ist als in der Realschule, beginnt dann auch die pädagogische Mittagspause. Auch im Gymnasium ist die Kindertafel der Ev. Jugend in den Aufbau des Angebotes integriert.

Bei weiteren Fragen wenden Sie sich bitte an Andrea Doehring, päd. Leitung des Offenen Ganztags und stellv. Leitung der Ev. Jugend.

Schulstatistik

Schulanfängerinnen und Schulanfänger Schuljahr 2009/2010 in den städt. Grundschulen

Kath. St. Rafael Grundschule	36 Kinder
GGs Alt-Wetter	29 Kinder
GGs Grundschöttel	69 Kinder
GGs Volmarstein	30 Kinder
GGs Esborn	29 Kinder
GGs Wengern	19 Kinder
GGs Schmandbruch	28 Kinder
Gesamt Schulanfängerinnen und Schulanfänger	240 Kinder

Stand 14.08.2009

Anlass:		<u>Gesamtschülerzahlen</u>		
Datum:		26.08.2009		
		2009/2010		
1.	Kath. GS	107		
2.	GGs Alt-Wetter	169		
3.	GGs Grundschötel	274		
4.	GGs Volmarstein	114		
5.	GGs Esborn	106		
6.	GGs Wengern	124		
7.	GGs Schmandbruch	99		
8.	Hauptschule	224		
9.	Realschule	381		
10.	Gymnasium	915	Sek. I: 629	Sek. II: 286

Gesamtschülerzahl: **2.513**

Anfragen von Ausschussmitgliedern

AM Frau Gerlach berichtet, dass in der Realschule kein Chemieunterricht mehr stattfindet, da keine Schutzkleidung und keine Schutzwesten vorhanden seien.

Der Verwaltung ist dies nicht bekannt, wird sich aber über den Sachverhalt informieren. Das Ergebnis wird der Niederschrift schriftlich beigefügt.

(Mitteilung der Verwaltung:

Der Schulleiter hat dargelegt, dass Chemieunterricht stattgefunden hat und auch stattfindet. Lediglich wegen defekter Brillen war auf Experimentalunterricht verzichtet worden. Es sind jetzt neue Schutzbrillen vorhanden, der Unterricht findet wie gewohnt in Theorie und Versuchspraxis statt.)